



Klaus Vossemer MdL
Verkehrspolitischer Sprecher der CDU Landtagsfraktion

Klaus Vossemer MdL – Postfach 10 11 43
Platz des Landtags 1 - 40221 Düsseldorf

Düsseldorf, den 27. April 2018

Diese Woche in Düsseldorf

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Folgenden informiere ich Sie als Ihr Landtagsabgeordneter über die aktuellen Themen, Gesetzesvorgänge und Vorhaben der CDU-geführten NRW-Landesregierung sowie des Landtags. Meine Themen in dieser Woche:

- # **Sicherheitspolitischer Quantensprung für NRW**
- # **Weg frei für mehr Wohnungsbau und Eigentumsbildung**
- # **Feuerwehren in NRW einsatzbereit machen – Übungsplätze schaffen**

#Sicherheitspolitischer Quantensprung für NRW

Die NRW-Koalition hat in dieser Woche das Sechste Gesetz zur Änderung des nordrhein-westfälischen Polizeigesetzes in den NRW-Landtag eingebracht. Neben einer nachhaltigen Verbesserung der personellen Situation und Mehrausgaben bei der Ausstattung umfasst das jetzt eingebrachte Sicherheitspaket I einige dringend notwendige Gesetzesänderungen. Das Ziel ist es, die Landespolizei auch rechtlich so gut aufzustellen, dass sie eine effektive Gefahren- und insbesondere Terrorabwehr betreiben kann. „In Sachen Sicherheitspolitik macht Nordrhein-Westfalen heute einen

Landtagsbüro

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Tel.: 0211 / 884 25 44
Fax: 0211 / 884 33 07

Wahlkreisbüro

An der Vogelrute 9
53879 Euskirchen
Tel.: 02251 / 886 79 90
Fax: 02251 / 866 79 92

Kontakt

klaus.vossemer@landtag.nrw.de
www.klaus-vossemer.de
facebook.com/klaus.vossemer
twitter.com/vossemer

Quantensprung. Die CDU hat eine neue politische Führungskultur eingeführt, die geprägt ist von Wertschätzung und Rückhalt für unsere Polizistinnen und Polizisten, sowie einer Null-Toleranz-Politik gegenüber Kriminellen“, beurteilt Klaus Vossemer MdL die Gesetzesänderungen positiv für die Menschen im Kreis Euskirchen und deren Sicherheit.

So werden bestehende Befugnisse erweitert, etwa die Videoüberwachung im öffentlichen Raum. Zudem wird die Strategische Fahndung eingeführt, um der Polizei einen sicheren rechtlichen Rahmen zu bieten, in dem sie agiert. Diese wahrt gleichzeitig die Freiheits- und Persönlichkeitsrechte der Bürgerinnen und Bürger. Hinzu kommen rechtliche Grundlagen für den Einsatz einer elektronischen Fußfessel und eine Befugnis für die Überwachung der Telekommunikation. Gefährder werden zukünftig beim Vorliegen einer drohenden terroristischen Gefahr für bis zu einem Monat in präventive Haft genommen werden können. Dies trifft auch auf die Verursacher häuslicher Gewalt zu, wenn diese sich nicht an ihre Auflagen halten. „So stärken wir nicht nur unserer Polizei den Rücken, sondern auch die Position der Opfer von Gewalttaten und machen Nordrhein-Westfalen sicherer“, so Klaus Vossemer.

#Weg frei für mehr Wohnungsbau und Eigentumsbildung

In den kommenden Jahren wird sich der Mangel an Wohnraum in Nordrhein-Westfalen weiter verschärfen. Mit der öffentlichen Wohnraumförderung hat die NRW-Koalition nun den dringend notwendigen Neustart in der Wohnraumpolitik vollzogen. Das Ziel ist es, ein positives Klima für den Neubau zu schaffen. Dabei sind die öffentliche Förderung des mietpreisgebundenen Geschosswohnungsbaus und von Wohneigentum zwei Seiten derselben Medaille.

Neben der öffentlichen Wohnraumförderung wird die NRW-Koalition die Rahmenbedingungen für mehr Wohnungsbau verbessern. In Zukunft muss schneller, einfacher und kostengünstiger gebaut werden können. Aus diesem Grund wird die schwarz-gelbe Landesregierung weitere bürokratische Hindernisse beseitigen. Zudem müssen mehr Grundstücke für Wohnungsbau, Industrie und Gewerbe zur Verfügung gestellt werden. Dafür soll insbesondere Bauland in öffentlicher Hand in den Blick genommen werden. Hoffnung macht zudem, dass der Bund Verantwortung für die soziale

Wohnraumförderung übernehmen wird und in den Jahren 2020 und 2021 bundesweit zwei Milliarden Euro für den öffentlich geförderten Wohnungsbau bereitstellen will.

Die abgewählte rot-grüne Landesregierung hatte die Eigentumsförderung fast vollständig abgewickelt. Weite Teile des Landes – insbesondere ländliche Regionen – waren von ihr sogar komplett ausgenommen. Damit wurde Eigentumsbildung behindert und gerade junge Familien benachteiligt. Eine weitere zentrale Herausforderung wird die Schaffung von Bauland sein. Gerade junge Familien mit Kindern brauchen bezahlbares und verfügbares Bauland sowie günstige Mieten. Darüber hinaus ist die Wohneigentumsförderung ein geeignetes Instrument gegen Altersarmut und wirkt stabilisierend auf Wohnquartiere.

#Feuerwehren in NRW einsatzbereit machen – Übungsplätze schaffen

Der Landtag hat in den vergangenen Tagen über dezentrale Übungsgelände für die Feuerwehr in Nordrhein-Westfalen debattiert. Für die schwarz-gelbe Landesregierung ist es von hoher Wichtigkeit, dass Feuerwehrfrauen und -männer bestmöglich vorbereitet in ihre risikoreichen Einsätze gehen. Die Anzahl der Brände in Nordrhein-Westfalen geht stetig zurück. Das ist gut – aber es bedeutet gleichzeitig weniger Praxiserfahrung für die Feuerwehrangehörigen in NRW. Deswegen sollen dezentrale Übungsgelände in ganz Nordrhein-Westfalen errichtet werden, auf denen genau diese Praxiserfahrung durch Übungen vermittelt werden kann.

So soll für die Feuerwehren in NRW die bestmögliche Aus- und Fortbildung sichergestellt werden. Rund 80.000 Freiwillige riskieren im Einsatz ihr eigenes Leben, um das anderer zu schützen. Weitere Übungsgelände bieten darüber hinaus Möglichkeiten einer gemeinsamen Nutzung beispielweise durch die Feuerwehr und die Polizei. Die Landesregierung unterstützt deshalb Kommunen bei der Schaffung solcher Übungsgelände und wird prüfen, wie das Land dafür Anreize schaffen kann. Zu Wort kommen dabei alle beteiligten Akteure: Feuerwehren, Kommunen und Fachleute.